

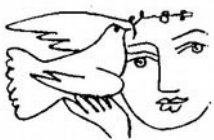
# FRIEDENS JOURNAL



## Die EU – auch ein Militärbündnis!



- Was haben NATO und EU gemeinsam?
- Europa als Wille und Vorstellung – Die Vorgeschichte der EU
- Aachener Vertrag: Deutsch-Französische Führungsansprüche
- Waffen aus der EU für die Welt
- Was macht die Bundeswehr in Mali?
- Waffenbrüderschaft ist kein Friedensprojekt
- Friedensbewegung: Vielfalt nicht nur beim Ostermarsch



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

Mai - Juni 2019/Nr. **3**

Inhalt

Die EU – auch eine Militärunion!

SCHWERPUNKT

Was haben NATO und EU gemeinsam? 3  
 Europa als Wille und Vorstellung – Die Vorgeschichte der EU 6  
 Aachener Vertrag: Deutsch-Französische Führungsansprüche 8  
 Waffen aus der EU für die Welt 10

INTERVIEW

Was macht die Bundeswehr in Mali? 12

FRIEDENSBEWEGUNG

Waffenbrüderschaft ist kein Friedensprojekt 13  
 Thematische Vielfalt nicht nur beim Ostermarsch 14

RUBRIKEN

Atomkraft EUropa? 11  
 Die zehn Gebote der europäischen Friedenskämpfer und FriedenKämpferinnen 15  
 Ramstein / Büchel / INF-Vertrag 16

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.4.2019  
 Die nächste Ausgabe geplant für den 12.7.2019

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

**Internetausgabe des Friedensjournals:**  
 auf [www.frieden-und-zukunft.de](http://www.frieden-und-zukunft.de) einschließlich digitalem Archiv ab 2010.  
**ISSN** 2193-9233

**Herausgeber:**  
 Bundesausschuss Friedensratschlag  
 Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

**Redaktion:**  
 Christine Buchholz, Lühr Henken,  
 Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler,  
 V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

**Redaktionsanschrift:**  
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
 c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
 Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,  
 60329 Frankfurt am Main  
 e-Mail: [info@frieden-und-zukunft.de](mailto:info@frieden-und-zukunft.de)

**Kontoverbindung:**  
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
 Frankfurter Sparkasse  
 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90  
 BIC: HELADEF1822

Der Bundesausschuss Friedensratschlag informiert

Im Internet auf [www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

Täglich aktualisierte Rubrik:

**Friedenspolitische Berichte und Analysen**

(Auswahl von ca. 15 bis 20 Beiträgen aus Online-Medien pro Woche) – als Wochenübersicht auch abrufbar auf der Facebook-Seite des Bundesausschusses Friedensratschlag

ca. wöchentlich aktualisierte Rubriken:

**Standpunkte in der Friedensbewegung und Medienkritik**

sowie das Dossier: **Eskalation zwischen USA, Israel und Iran**

Liebe Leserinnen und Leser,

beim Erscheinen dieser Ausgabe ist der EU-Wahlkampf voll entbrannt. Was wir derzeit erleben, ist eine Beschwörung von „Europa“, unter Missachtung des Umstandes, dass dabei stets nur die EU gemeint ist. Diese umfasst ja explizit nicht das gesamte geografische Europa, sondern ist auf Ausgrenzung von unliebsamen Nachbarn wie Russland bedacht, was auch ein Gründungsmotiv der NATO war.

Wir nehmen das zum Anlass, einen direkten Vergleich zwischen der EU und der NATO zu ziehen: Was sind die Gründungsmythen und was waren dem gegenüber die realen geschichtlichen Wurzeln? Nur so lässt sich die Frage schlüssig beantworten, ob die EU – wie gerade jetzt im EU-Wahlkampf von fast allen Seiten behauptet – anfangs eigentlich ein Friedensprojekt gewesen ist, von dem sich diese Institution mittlerweile entfremdet hat. Der Beitrag von Karl-Heinz Peil verweist hingegen auf gemeinsame Wurzeln von NATO und den Vorläufern der heutigen EU.

Insbesondere der Grundstein für die EWG als deren zentrale Vorläuferinstitution hat sich aus der geostrategischen Politik der USA entwickelt, wie in dem Beitrag von Jan Pehrke aufgezeigt wird.

Die beschleunigte Entwicklung militärischer Strukturen innerhalb der EU durch PESCO haben wir bereits in zurückliegenden Ausgaben des Friedensjournals behandelt. Welche besondere Rolle nun der Aachener Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich spielt, behandelt Jürgen Wagner in seiner Analyse.

Deutschland und Frankreich bilden bereits jetzt eine besondere Achse innerhalb der EU bezüglich der weltwei-

ten Rüstungsexporte. Auf Basis des SIPRI-Jahrbuches für das Jahr 2018 wird dieses in einem Beitrag der Redaktion von German Foreign Policy näher dargestellt.

Interessant ist in dem EU-Kontext die deutsche Beteiligung an den Militärmissionen in Mali. Anlässlich der turnusmäßigen Übernahme des Kommandos über die dortige EU-Mission EUTM im November 2018 sprach Ursula von der Leyen davon, dass „wir in absehbarer Zeit eine Armee der Europäer haben werden“. Wir haben deshalb Werner Ruf u.a. dazu befragt, welche Rolle dieses strategische Motiv bei dem Bundeswehreininsatz in Mali spielt.

Natürlich spielte die EU-Militarisierung auch bei den jüngsten Ostermärschen eine besondere Rolle. Abgedruckt haben wir dazu die Rede von Claudia Haydt in Stuttgart, wo sie diese Thematik in den Mittelpunkt stellte.

Unter dem Motto „Ein Europa für Alle“ hat ein breites gesellschaftliches Bündnis zu Großdemos am 19.5. in sieben deutschen Städten aufgerufen. Die Forderungen des Aufruftextes gilt es zu unterstützen, jedoch fehlt dort das Friedensthema, d.h. all diejenigen Punkte, die wir in der vorliegenden Ausgabe des Friedensjournals als kritische Sicht auf die EU behandeln. Es liegt aber an uns als Friedensbewegung, bei solchen Anlässen präsent zu sein, sowohl mit unseren friedenspolitischen Forderungen in der gesamten Bandbreite, wie auch gegen die Vermischung der Staatengemeinschaft EU mit dem geografischen Europa. Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat für Aktionen am Wahltag zum EU-Parlament einen eigenen Infolyer erstellt, der Friedensinitiativen vor Ort zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Redaktion

Außerdem sind abrufbar:

- Auswahl aktueller Termine der Friedensbewegung
- Termine des Bundesausschusses Friedensratschlag
- Zugang zu Archiv Friedensjournal
- PDF-Materialien aus der Friedensbewegung
- Verlinkungen zu Kampagnen, Netzwerken und Friedensinitiativen vor Ort
- Archiv, u.a. Dokumentationen zum jährlichen Friedensratschlag in Kassel

Aktuell:  
 Infolyer zur Wahl des EU-Parlaments am 26. Mai 2019

# Was haben NATO und EU gemeinsam?

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

Insbesondere seit Gründung von PESCO ist die Militarisierung der EU für die Friedensbewegung in den Fokus gerückt, jedoch noch längst nicht in der Wahrnehmung einer breiten Öffentlichkeit. Wenn NATO und die neuen Militärstrukturen überhaupt thematisiert werden, dann am ehesten unter Begriffen wie „Strategische Autonomie“ der EU gegenüber der NATO. Während innerhalb der Friedensbewegung weitgehende Einigkeit zur Bewertung der NATO und sich daraus ergebender Forderungen besteht, gehen die Meinungen zur EU weit auseinander. Auch ohne Kritik an der in den letzten Jahren stark beschleunigten Militarisierung der EU hat bereits die gesamte Entstehungsgeschichte der EU einen engen Bezug zum NATO-Militärpakt. Doch für eine vergleichende Bewertung müssen zunächst Gründungsmythen sowohl der NATO („Verteidigungsbündnis gegen die kommunistische Bedrohung“) wie auch der EU („Europäische Idee“) beiseite geräumt werden, damit die historisch und aktuell vorhandenen, gemeinsamen Entwicklungs- und Handlungsfelder erkannt werden können.

## Die Vorgeschichte der NATO

„Keep the Russians out, the Americans in and the Germans down“. Mit diesen Worten umschrieb der erste NATO-Generalsekretär Lord Ismay die Zielsetzung der 1949 gegründeten NATO. Dieser Zusammenhang erschließt sich wie folgt: 1948 entschied man sich seitens der USA dafür, mit dem Marshall-Plan ein Konjunkturprogramm für Westeuropa voranzutreiben, das vor allem der eigenen Wirtschaftsförderung durch Erschließung neuer Exportmärkte dienlich war. Dass Deutschland damit auch wieder zu alter wirtschaftlicher Macht aufstieg, wurde hierbei bewusst in Kauf genommen, sollte aber unter Kontrolle bleiben („Keep the Germans down“). Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen wurden von den USA schon immer argwöhnisch als potenzielle Konkurrenz gesehen, d.h. die derzeitige US-Kampagne gegen Nordstream 2 ist nur vorläufiger Schlusspunkt einer langen Geschichte („Keep the Russians out“).

Dass die NATO nie ein Verteidigungsbündnis war, zeigte sich spätestens 1990, denn zu diesem Zeitpunkt wäre diese nach Auflösung der Ost-West-Konfrontation überflüssig geworden. Vielmehr entwickelte sich die NATO danach auch formal zum „Out-of-Area“-Bündnis, wofür der Jugoslawien-Krieg 1999 sich als „erfolgreicher“ Testfall erwies. Damit einhergehend entwickelte sich auch die Militarisierung der EU, gleichfalls für „Out-of-Area“-Einsätze konzipiert.

## Die Vorgeschichte der EU

Wenn heute von „Europäischer Integration“ gesprochen wird, wird in der Regel übersehen, dass dieser Begriff erstmals 1954 bei der Gründung der Westeuropäischen Union (WEU) verwendet wurde, die als militärischer Beistandspakt konzipiert war. Deren Vorgeschichte wiederum war der Brüsseler Pakt von 1948 als Militärbündnis von Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten. Diese Staaten gründeten zusammen mit der BRD 1952 die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die 1954 aber im französischen Parlament scheiterte. Die WEU war deshalb ein weiterer militärischer Integrationsversuch auf europäischer Ebene, neben der BRD erweitert um Italien. Selbige Länder – mit Ausnahme Großbritanniens – gründeten erst 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als faktische Vorläufer-Institution der EU.

## Deutschlands heutige Rolle in NATO und EU

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurden insbesondere von deutscher Seite aus Konzepte entwickelt, die Führungsrolle der USA in der NATO abzubauen, zunächst mit Forderungen nach einem „gleichgewichtigen Bündnis“. Heute wird der eigene Führungsanspruch Deutschlands und Frankreichs als „Kerneuropa“ zunehmend mit dem Begriff der „Strategischen Autonomie“ umschrieben, der sich tendenziell mehr auf die neu geschaffenen EU-Militärstrukturen bezieht. Dieses führt zwar zu erhöhten Spannungen innerhalb der NATO und gegenüber den USA, gleich-

zeitig möchte man aber von deutscher Seite aus nicht die NATO infrage stellen aufgrund der eigenen Rolle als privilegierter Juniorpartner.

Innerhalb der EU kristallisiert sich nach dem Ausscheiden Großbritanniens immer mehr der militärische Duopol Deutschland - Frankreich heraus. Während Frankreich vor allem wirtschaftlich, aber zunehmend auch politisch immer mehr von Deutschland abgehängt wird, besteht auf militärischem Gebiet für die politische Klasse in Deutschland der Zwang zur Kooperation innerhalb von EU-Militärstrukturen aus zweierlei Gründen:

1. Das Streben nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen ist für Deutschland nur möglich über die Atommacht Frankreich.

2. Die aggressive Forcierung von Rüstungsexporten ist angesichts bestehender Restriktionen und massiver Widerstände aus der deutschen Friedensbewegung nur möglich über spezielle Kooperationsmodelle, wie sie auch mit dem kürzlichen Aachener Vertrag fixiert worden sind.

## EU-Wirtschaftssanktionen statt NATO-Militäraktionen

Die Geschehnisse, die 2014 zum Umsturz in der Ukraine und den seitdem drastisch verschärften Spannungen gegenüber Russland führten, kann man vereinfachend wie folgt umschreiben: Trotz eines starken Drucks seitens der EU war die Regierung der Ukraine nicht dazu bereit, das vorliegende EU-Assoziierungsabkommen zu unterschreiben. Parallel dazu wurde seitens der USA starker Druck mit bewährten Mitteln eines Regime Change („Farbrevolutionen“) ausgeübt. Der damit herbeigeführte Putsch in der Ukraine war damit gesteuert aus der EU und den USA, wenngleich unkoordiniert und von teilweise widersprüchlichen Interessen bestimmt. Dass aber die „westliche Wertegemeinschaft“ dennoch funktionierte, zeigte sich bei den Wirtschaftssanktionen, die nach der Krim-Angliederung und mehr noch nach dem MH17-Abschuss gegen Russland verhängt wurden. Während diese Sanktionen zu erheblichen wirtschaftlichen Ein-

bußen der EU-Länder geführt haben, waren diese für die US-Wirtschaft kaum relevant. Für die deutsche Wirtschaft war dieses gesamthaft gesehen nur insofern tragbar, als dass eine Kompensation durch gesteigerte Exporte in die USA erfolgte. Letztlich kam auch hier das eingangs genannte (inoffizielle) NATO-Gründungsprinzip zur Anwendung.

Fordert man heute – fünf Jahre nach dem Euromaidan – friedliche Beziehungen zu Russland, dann richtet sich dieses für Sofortmaßnahmen parallel an zwei Adressaten: Erstens an die NATO zur Beendigung ihres Säbelrasseln an der russischen Westgrenze und zweitens an die EU zur Aufhebung der Wirtschaftssanktionen.

Aktuell zeigt vor allem das Beispiel Syrien, wie imperiale Machtpolitik heute funktioniert. Die Versuche, den seitens der USA bereits lange vorher geplanten Regime Change ab 2012 mit ausländischen Söldnern und dem verbrecherischen IS-Staat umzusetzen, sind auch mit direkten militärischen Interventionen von NATO-Staaten gescheitert. Ein Wiederaufbau des zerstörten Landes wird aber massiv durch die EU-Wirtschaftssanktionen („gegen das Assad-Regime“) behindert.

In immer mehr Fällen ziehen EU und USA bei Wirtschaftssanktionen hingegen nicht unbedingt an einem Strang. Vor allem die deutsche Politik versucht aber als privilegierter NATO-Juniorpartner das offene Zerwürfnis mit den USA zu vermeiden, was zu immer widersprüchlicheren Vorgehensweisen führt, wie die jüngsten Beispiele der US-Sanktionen gegen den Iran oder die Auseinandersetzungen um die Erdgaspipeline NordStream-2 aufzeigen.

### Wie könnte ein geeintes Europa aussehen?

Erneuerbar wäre die EU, wenn auf die imperialen Machtbestrebungen – im Gleichschritt mit der NATO – vor allem seitens Deutschlands verzichtet würde, der mit dem euphemistischen Begriff „Kerneuropa“ in den letzten Jahren zunehmend offen formuliert wird. Voraussetzungen dafür wären:

1. Mit einheitlichen Lohn- und Sozialstandards könnte eine Angleichung innerhalb der EU erfolgen. Genau das steht aber im Widerspruch zur wirt-

schaftlichen und politischen Vormachtstellung Deutschlands, dessen Exportstärke auf Lohn- und Sozialdumping beruht. Vor allem dadurch haben sich die internen Spannungen in der EU verschärft, sowohl innerhalb „Kerneuropas“ zwischen Deutschland und Frankreich, wie vor allem auch zu den EU-Ländern der südlichen und östlichen Peripherie.

2. Die seitens der EU in erpresserischer Form ausgehandelten „Freihandelsabkommen“ (EPA), insbesondere mit westafrikanischen Staaten, müssten ersetzt werden zugunsten von Wirtschaftsbeziehungen auf Augenhöhe mit fairem Handel. Militärische EU-Interventionen in diesen Ländern sind letztlich auch Konsequenz aus neokolonialer Ausbeutung und daraus entstehender Destabilisierung dieser Länder. Ebenso müsste auf alle Wirtschaftssanktionen gegenüber unbotmäßigen Regierungen verzichtet werden. Damit ergäbe sich als Ablaufkette eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen in diesen Ländern, erheblich weniger Fluchtbewegungen in EU-Länder und letztlich in den EU-Ländern weniger Anknüpfungspunkte für Rassismus und Rechtsextremismus.

3. Der 2010 erfolgte Vorschlag von Putin, eine harmonische Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladivostok zu schaffen, wurde hierzulande recht geringschätzig behandelt. Keine Fiktion ist hingegen das chinesische Konzept eines eurasischen Wirtschaftsraumes mit der Infrastruktur der „neuen Seidenstraße“. Ein wachsender Teil der Warenlieferungen aus China rollt bereits auf der Schiene nach Europa. Einer der wichtigsten Endpunkte ist übrigens Duisburg, mit Anbindung an den dortigen Containerhafen. Um die eurasischen Wirtschaftsbeziehungen kooperativ weiter zu entwickeln, müssten Deutschland und die EU jedoch - im Fahrwasser von NATO und USA - China als Kooperationspartner statt Konkurrenten ansehen.

4. Außen- und sicherheitspolitische Alternative zu einer zunehmend militaristischen EU wäre eine Stärkung der bereits vorhandenen gesamteuropäischen Institutionen:

- der Europarat als politisches Organ von derzeit fast allen europäischen Staaten, unter Verzicht auf will-

kürlichen Ausschluss von Einzelstaaten

- die OSZE, die aus dem KSZE-Prozess Mitte der 70er Jahre hervorgegangen ist und auch außereuropäische Länder umfasst.

### Friedenspolitische Forderungen zu NATO und EU

Die derzeit wichtigste Initiative der deutschen Friedensbewegung ist „Abrüsten statt Aufrüsten“, hervorgegangen aus dem Widerstand gegen das Aufrüstungsziel der NATO, die Militärausgaben aller Mitgliedsländer auf mindestens 2% des BIP anzuheben. Der Bezug auf diese relativ abstrakte Kennziffer, verstellt aber leicht den Blick dafür, worum es überhaupt geht: Deutschland ist die stärkste Wirtschaftsmacht innerhalb der EU und wäre mit der 2%-Marke – die derzeit von Frankreich übertroffen wird – das Land innerhalb der EU und im gesamten Europa (!) mit den absolut höchsten Militärausgaben. Das 2%-Ziel der NATO beinhaltet also faktisch, dass Deutschlands bereits jetzt vorhandene wirtschaftliche und politische Dominanz in der EU auch militärisch weiter ausgebaut wird. Lediglich militärisch rutscht Frankreich dabei nicht in die Rolle eines Junior-Partners, aus den o.g. Zwängen zur echten Kooperation (Atomwaffen, Förderung Rüstungsexporte).

Die seit einigen Jahren reklamierte „neue deutsche Verantwortung“ basiert deshalb auf der deutschen Doppelrolle als privilegiertes NATO-Mitglied und Dominanz in der EU. Neben dem Widerstand gegen die weitere Aufrüstung hat die Forderung nach Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und der Verzicht auf die nukleare Teilhabe der Bundeswehr größte Bedeutung. Denn dieses wäre zu koppeln mit dem Ausscheiden aus der Nuklearen Planungsgruppe der NATO und dem Verzicht auf eine indirekte Atombewaffnung über die französischen Atomwaffen im Rahmen der EU-Militärstrukturen.

Außerdem: Nach der Aufkündigung des INF-Vertrages durch die USA kommt Deutschland erneut als Stationierungsort für neue Atomraketen (in Ramstein?) ins Spiel. Die nuklearen Ambitionen der politischen Klasse in Deutschland – mit dem Risiko der Selbstvernichtung im Konfliktfall - sind

auch der Grund für die Weigerung, den UN-Vertrag zur Ächtung aller Atomwaffen zu unterzeichnen. Diese Schwerpunktforderung der deutschen Friedensbewegung betrifft deshalb in besonderem Maße die deutschen Großmachtambitionen innerhalb von NATO und EU.

70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes muss auch das mit Artikel 26 enthaltene Verbot von Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen und eine völkerrechtswidrige Kriegsführung von deutschem Boden

ausgehend unterbunden würden. Dieses erfolgt nämlich in eklatanter Weise über die US Air Base Ramstein. Deshalb ist die Kündigung des Truppenstationierungsabkommens mit den USA zu fordern. Weitergehende Schritte wären das Ausscheiden Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO oder die Aufkündigung der Mitgliedschaft. Eine letztendlich notwendige Auflösung der NATO würde einhergehen mit einem Wiedererstarken der UNO, die für die Einhaltung des Völkerrechts und den in der UN-Charta veran-

kerten Prinzipien gemeinsamer Sicherheit verantwortlich ist. Nicht zu vergessen sind dabei auch die bereits genannten gesamteuropäischen Institutionen Europarat und OSZE, jenseits der ausgrenzenden EU.

Alle genannten Alternativen würden imperiale Machtambitionen der politischen Klasse in Deutschland untergraben, denn NATO und EU erfüllen eben – trotz sich verschärfender Widersprüche innerhalb und zwischen diesen Institutionen - in ähnlicher Weise diesen Zweck.

### Entwicklung von EU einschl. Vorläuferinstitutionen und NATO

NATO	EVG / EWG / EG / EU
1949: Gründung der NATO	1948: Brüsseler Pakt als Militärbündnis von Frankreich, Großbritannien und Benelux-Staaten
	1952: Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) aus Mitgliedern des Brüsseler Pakts und der BRD.
	1954: Die EVG scheitert im französischen Parlament. Londoner Akte: Westeuropäische Union (WEU) als militärischer Beistandspakt, hervorgegangen aus dem Brüsseler Pakt und zusätzlich die BRD und Italien, formell aufgelöst 2011
1955: NATO-Beitritt der BRD	1957: Römischen Verträge: Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), mit selbigen Mitgliedern wie der WEU
	1992/1993: Vertrag von Maastricht: Umbenennung der EWG in EG
1999: NATO-Beitritt von Tschechien, Polen, Ungarn	2001: Vertrag von Nizza: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) 2007/2009: Vertrag von Lissabon: (Umbenennung in) Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
2004: NATO-Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien	2004: EG-Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern
	2007: EG-Beitritt von Rumänien und Bulgarien
2008: NATO-Beitritt von Albanien, Kroatien	2007/2009: Vertrag von Lissabon: Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EU)
	2013: EU-Beitritt von Kroatien
2017: NATO-Beitritt von Montenegro	2017: Permanent Structured Cooperation (PESCO): militärische Zusammenarbeit von 25 EU-Staaten
Derzeit offizielle Beitrittskandidaten: Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien	Derzeit offizielle Beitrittskandidaten: Albanien, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei

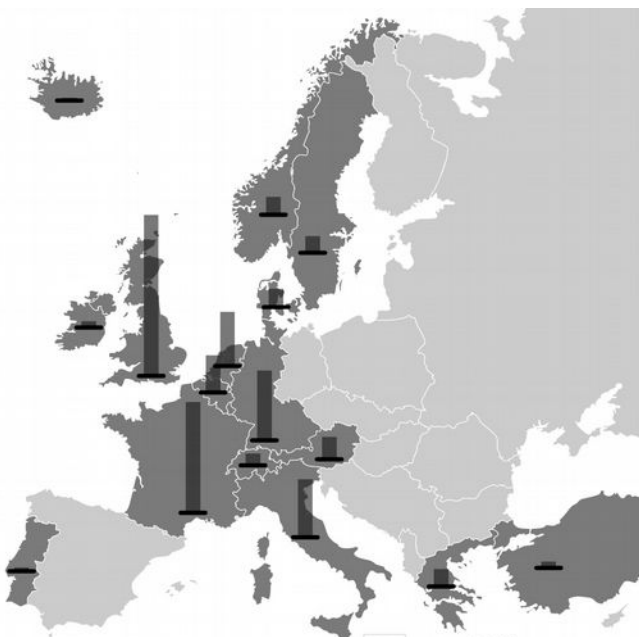


# Europa als Wille und Vorstellung – Die Vorgeschichte der EU

von Jan Pehrke, Journalist, Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.

Seit jeher schon beflügelt Europa die Phantasie gut unterrichteter Kreise. Besonders weit trug es unlängst den österreichischen Schriftsteller Robert Menasse hinaus. Er verlegte die Antrittsrede des ersten EWG-Kommissionspräsidenten Walter Hallstein kurzerhand nach Auschwitz und schob ihm Zitate wie "Die Abschaffung der Nation ist die europäische Idee" in den Mund. Damit gelangte die Euro-Poesie zu ihrem vorläufigen Höhepunkt.

Sonst ging es immer eine Nummer kleiner. Lutz Klinkhammer vom Deutschen Historischen Institut in Rom etwa gratulierte vor zwei Jahren so zum 60-jährigen Jubiläum der Römischen Verträge, mit denen die Politiker den Grundstein zur "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" legten: *"Der Ausgangspunkt war der: Man wollte einen künftigen Krieg verhindern, man wollte Frieden schaffen, vor allem zwischen Deutschland und Frankreich."*



Empfängerländer des Marshall-Planes nach Proportionen, Grafik: Wikipedia

Aber Europa stieg nicht aus den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges hervor. Ebenso wenig legte Auschwitz den Grundstein. Auch kein anderer Erinnerungsort auf dem alten Kontinent stand Pate. Es war vielmehr der Onkel aus Amerika. Und der verstand sich keinesfalls als Idealist. Etwas weit Profaneres leitete ihn damals an.

## Der Marshall-Plan

Der Kalte Krieg zog heran, und die USA trieb die Angst um, das darniederliegende Europa könnte zur Beute der Sowjetunion werden. "Der Patient liegt im Sterben, während die Ärzte noch beraten", meldete Außenminister George C. Marshall besorgt nach Washington.

Vor allem die "desintegrierenden Kräfte" setzten dem Kranken seiner Ansicht nach zu. Darum ersann er eine Soforthilfe, die den Genesungsprozess einleiten und Einheit stiften sollte, das "European Recovery Program" (ERP).

Das später unter dem Namen "Marshall-Plan" firmierende Maßnahmen-Paket umfasste die Lieferung von Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren. Zudem stellte es Kredite bereit. Sogar eine gemeinsame europäische Währungseinheit sah der ERP schon vor. Was die Politiker dabei leitete, legte der "Economic Cooperation Act" dar:

"Die Wiederherstellung oder die Aufrechterhaltung der Grundsätze individueller Freiheit, freiheitlicher Einrichtungen und echter Unabhängigkeit in den europäischen Ländern beruht weitgehend auf der Einrichtung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse, fester internationaler Wirtschaftsbeziehungen und der Herstellung einer gesunden Wirtschaft Europas", heißt es in dem "Economic Cooperation Act" zu den Beweggründen des Programms.

Allerdings erschien den Vereinigten Staaten eine solche ökonomische Rekonvaleszenz Europas ohne eine Heilung Deutschlands nicht möglich. Deshalb legte der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman den Morgenthau-Plan, der die von dem Land in der Mitte Europas immer wieder ausgehende Kriegsgefahr technisch durch eine Deindustrialisierung bannen wollte, ad acta.

Doch dieser Kurs stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung. So warnte etwa der Truman-Berater Edwin Pauley vor einem Deutschland, dem es dank der üppigen Sendungen aus Amerika bald schon besser gehen könnte als zu Hitlers Zeiten - mit den bekannten Risiken und Nebenwirkungen. Auch die europäischen Nationen hatten an einem wieder zu Kraft kommenden Nachbarn kein sonderlich großes Interesse. Das musste die US-Administration berücksichtigen. Deshalb verwehrte sie dem Nachfolge-Staat des "Dritten Reiches" die Verfügungsgewalt über das Ruhrgebiet sowie andere Wirtschaftszentren und strebte stattdessen an, ihn an die europäische Leine zu legen.

## Der Schuman-Plan

Das Mittel der Wahl dazu war der Schuman-Plan zur Zusammenlegung der französischen und deutschen Stahl-Produktion. Allerdings brauchte dieser eine ganze Weile zur Reifung.

Ende der 1940er Jahre sorgte nämlich die Saar-Frage für einiges Konflikt-Potenzial zwischen Frankreich und Deutschland. Paris erhob Anspruch auf die Region mit den zahlreichen Kohle-Gruben und betrieb die Abtrennung, wogegen sich die Regierung Adenauer vehement widersetzte. *"Offenbar war man dabei, in die wohlbekannten Bahnen nationalistischer Erbfeindschaftspolitik zurückzugleiten"*, schreibt Ludolf Herbst: *"Aber die politischen Verhältnisse zu Beginn des Jahres 1950 glichen nicht mehr denen im 19. Jahrhundert oder in der Zwischenkriegszeit. Frankreich und die Bundesrepublik befanden sich nun im Machtbereich der Vereinigten Staaten. Washington aber verfolgte eine Politik, in der für eine deutsch-französische Konfrontation alten Stils kein Platz mehr war."*

Darum musste Frankreichs Deutschland-Politik, die vor allem das Ziel verfolgte, die militärisch-industriellen Komplexe an Rhein, Ruhr und Saar zu zerschlagen, einige bittere Niederlagen hinnehmen. Die deutsche Teilung übte zwar eine einigermaßen

beruhigende Wirkung aus, aber Paris gelang es trotz aller Bemühungen nicht, das Ruhrgebiet unter internationale Verwaltung zu stellen. Auch eine längerfristige Begrenzung der Stahl-Produktion konnte das Land nicht durchsetzen.

Also änderte es, befördert durch Druck von Seiten der USA, seine Strategie und ging fortan nach der Devise "If you can't beat them, join them" vor. Am 9. Mai 1950 läutete Außenminister Robert Schuman in Paris die neue Politik ein. "Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahl-Produktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht", hieß es in der Erklärung.

Mit diesem Schuman-Plan, der den Grundstein zur Montan-Union, der "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl", legte, sicherte sich Frankreich den Zugriff auf die Koks-Kohle von der Ruhr und schuf gleichzeitig eine supranationale Institution zur Wahrung seiner Sicherheitsansprüche. Die Hohe Behörde sollte nach den Vorstellungen Schumans durch die Etablierung enger "organischer Bindungen" zwischen Deutschland und den Anrainer-Staaten dafür sorgen, das Monster im Zaum zu halten.

Die Bonner Republik wiederum verküpfte mit der Regelung die Erwartung, besser vor Demontagen und den Machtbefugnissen der Ruhr-Behörde gewappnet zu sein. "Es bedarf also nicht der Europa-Idee, um zu begreifen, dass die deutschen Interessen einfach dazu zwangen, jedes Angebot anzunehmen, das eine Lockerung oder gar Beseitigung dieses Systems versprach", hält Ludolf Herbst fest.

Zudem umwehte den Schuman-Plan ein Hauch von Bilateralität, was Adenauer & Co. als ein Schritt hin zu mehr Autonomie werteten. "Man opferte also einen kleineren Teil potenzieller Souveränität auf dem Altar der Supranationalität, um der schnelleren Wiederherstellung der nationalen Souveränität zu dienen", so das Resümee von Herbst, der lange als Stellvertretender Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte amtierte.

## Die EWG

Auch der nächste Schritt hin zur Europäischen Union, die Gründung der "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG), verdankt sich nicht hehren moralischen Motiven. Bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge zwischen Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden über die Etablierung der EWG und den Aufbau einer "Europäischen Atom-Gemeinschaft" (Euratom) trieb die Politiker anderes an: Die Sorge um die Sicherheit auf dem Kontinent. Sie war es, "die den politischen Anstoß gab, der schließlich den Abschluss der Römischen Verträge vom 25. März 1957 ermöglichte", schreibt der Wirtschaftshistoriker Werner Abelschauer in "Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945".

Frankreich und Deutschland sahen Europa in der Zeit des Kalten Krieges, da sich jeder regionaler Konflikt zu einem Weltenbrand ausweiten konnte und die USA entsprechend vorsichtig agierten, nicht mehr ausreichend geschützt.

So warteten Frankreich, England und Israel 1956 nicht nur vergeblich auf militärischen Beistand, als das mit der Sowjetunion verbündete Ägypten unter Gamal Abdel Nasser den Suez-Kanal verstaatlichte, die Nationen mussten auf Druck Washingtons sogar die Kampf-Handlungen einstellen. Und im November des gleichen Jahres duldeten die Vereinigten Staaten die gewaltsame Beendigung des Reform-Prozesses in Ungarn durch Moskaus Truppen. Zudem beunruhigten die US-amerikanischen Pläne, Truppen aus Europa abzuziehen, Bonn und Paris.

"Außerordentliche Gefahren" machte Adenauer aus und setzte sich in Sachen "EWG" deshalb auch über Bedenken seines Wirtschaftsministers Ludwig Erhard hinweg. Dieser bewertete das Projekt streng nach ökonomischen Kriterien und war "not convinced". Er verfolgte das, was das Auswärtige Amt einen "wirtschaftlichen Welteroberungsplan" nannte, die komplette Einbindung Deutschlands in die globalen Handelsströme, und betrachtete den in Aussicht stehenden europäischen Binnenmarkt aus dieser Perspektive als "eine Insel

der Desintegration in einer mittlerweile freier gewordenen Welt".

Schlussendlich musste Adenauer von seiner Richtlinien-Kompetenz Gebrauch machen, um den Wirtschaftsminister zur Raison zu bringen und dem Primat der Politik Geltung zu verschaffen. In einem Brief an Erhard, der sich bitterlich über diesen "Integrationsbefehl" beklagt hatte, erläuterte der Bundeskanzler dann noch einmal Sinn und Zweck der ganzen Europa-Übung: "Die europäische Integration war das nötige Sprungbrett für uns, um überhaupt wieder in die Außenpolitik zu kommen."

Und für die Vertragspartner waren die durch die EWG noch einmal verstärkten "organischen Bindungen" ein Garant dafür, dass Deutschland nicht von der Leine geht und Großmacht-Träume verfolgt. "Als die richtige Art und Weise, das deutsche Problem zu lösen", bezeichnete der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak die Entscheidung, die "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" auf den Weg zu bringen. Insbesondere vor deutschen Sonderwegen nach Moskau fürchtete er sich damals und wollte diese mit der EWG verbauen.

Schnöde Interessenspolitik leitete die Politiker auch bei der Unterzeichnung des zu den Römischen Verträgen gehörenden Abkommens über die "Europäische Atom-Gemeinschaft". "Der deutsche Versuch einer rein nationalen Atom-Regelung würde (...) vom Ausland mit größtem Misstrauen aufgenommen werden", befand Adenauer. Frankreich wiederum trachtete danach, Deutschland nicht zu einer eigenständigen Atom-Macht heranwachsen zu lassen. Zudem hinkte das Land in der Kernkraft-Entwicklung zurück und hoffte, durch Euratom Zugriff auf bundesdeutsche Technologie zu erlangen.

Kein wichtiger Markstein auf dem Weg hin zu einem vereinten Europa - weder der Marshall-Plan noch der Schuman-Plan, die Montan-Union oder die EWG - verdankt sich also dem Idealismus der Beteiligten und ihrer selbst auferlegten Verpflichtung, Lehren aus Krieg und Holocaust zu ziehen. Als "eine absolute Fehldeutung" bezeichnet der englische Wirtschaftshistoriker Alan S. Milward deshalb eine solche Interpretation der EU-Vorgeschichte.

# Aachener Vertrag: Deutsch-Französische Führungsansprüche

von Jürgen Wagner, Informationsstelle Militarisierung e.V., Tübingen

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer im Pariser Elysee-Palast den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Auf den Tag genau 56 Jahre später kamen nun die Staatsoberhäupter beider Länder, Angela Merkel und Emmanuel Macron, zusammen, um den „Aachener Vertrag“ (auch: Elysee 2.0 genannt) „über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“ zu unterzeichnen. „Wir arbeiten in Europa, wir wollen Impulse für die europäische Einigung geben“, ließ die Kanzlerin bereits im Vorfeld zum Sinn und Zweck der Übung verlautbaren.

arbeiten zu wollen sowie die französische Unterstützung für einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat bemerkenswert.

## Deutsch-Französische Bratislava-Agenda

Bis zum Austrittsreferendum am 23. Juni 2016 war es stets vor allem Großbritannien, das Initiativen zum Ausbau des EU-Militärapparates im Keim erstickte. Wie eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages über „sicherheits- und verteidigungspolitische Folgen des britischen Referendums über den Austritt [...] aus der Europäischen Union“ betonte, würde durch einen Brexit „künftig ein Hemmschuh für die weitere Verteidigungsintegration

wegfallen.“ Aus diesem Grund sähen „Regierungsvertreter und -vertreterinnen sowohl aus Frankreich als auch aus Deutschland“ den bevorstehenden Austritt Großbritanniens „mehrerlich als eine Chance, den Weg zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu beschleunigen.“

Vor diesem Hintergrund nutzten Deutschland und Frankreich die sich bietende Gelegenheit und gingen mit zwei Papieren an die Öffentlichkeit, deren Forderungen im Anschluss in Gestalt der „Bratislava-Agenda“ den rapiden EU-Militarisierungsprozess der letzten Jahre „inspirieren“ sollten.

Der Grundstein wurde bereits am 27. Juni 2016, lediglich vier Tage nach dem Brexit-Referendum, mit dem Papier „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“ gelegt. Darin forderten die damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault nicht nur die Umsetzung seit Jahren in der Pipeline befindlicher Militär-

projekte, sondern auch eine diesbezügliche deutsch-französische Führungsrolle: „In einem stärker von divergierenden Machtinteressen geprägten internationalen Umfeld sollten Deutschland und Frankreich gemeinsam dafür eintreten, die EU Schritt für Schritt zu einem unabhängigen und globalen Akteur zu entwickeln.“

Nach der Sommerpause legten am 12. September 2016 die Verteidigungsminister Ursula von der Leyen und Jean-Yves Le Drian mit einem zweiten deutsch-französischen Papier nach. Auch darin fand sich die Forderung, den Brexit nun für den großen Militarisierungssprung nach vorne zu nutzen: „Unter der Prämisse der Entscheidung des Vereinten Königreichs, die Europäische Union zu verlassen, ist es nun unser Ziel, zu 27 weiter voranzuschreiten.“

## PESCO & Rüstungsprojekte

In einem nächsten Schritt einigten sich beide Länder beim Treffen des deutsch-französischen Ministerrates am 13. Juli 2017 im Alleingang auf alle wesentlichen Kriterien zur Ausgestaltung der sogenannten „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (engl. „PESCO“). In der Abschlusserklärung hieß es kurz und bündig: „Frankreich und Deutschland [haben sich] auf eine Reihe von bindenden Verpflichtungen und Elementen für eine inklusive und ambitionierte PESCO geeinigt.“ Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction im Bundestag antwortete die Bundesregierung auf die Frage, wie denn die anderen Mitgliedsstaaten in den PESCO-Anbahnungsprozess eingebunden worden wären, mit entlarvender Offenheit: „[Die] Grundlage eines deutsch-französischen Vorschlages zu den Verpflichtungen der PESCO [...] führte zu einem gemeinsamen Brief der Verteidigungsminister von Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien an die Hohe Vertreterin vom 21. Juli 2017. [...] Mit dem Versand einer Kopie dieses Briefes an alle Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsminister der EU erfolgte die Einbindung aller Mitgliedstaaten.“

Drei-Säulen-Modell der EU gemäß dem Maastricht-Vertrag, durch Lissabon-Vertrag überholt

Grafik: Wikipedia



Impulse sollen vor allem in der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) gegeben werden, so hat es bei näherer Betrachtung des Vertrages zumindest den Anschein, da das Kapitel „Frieden, Sicherheit und Entwicklung“ im Vertragswerk beträchtlichen Raum einnimmt. Vordergründig wird dabei auf eine Intensivierung der Rüstungszusammenarbeit gedrängt, tatsächlich geht es aber vor allem um den Anspruch, der fortschreitenden Militarisierung Europas ein deutsch-französisches Gesicht zu verpassen. Neben diesem übergeordneten Ziel ist vor allem das deutsche Zugeständnis auf eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln hin-



PESCO soll als künftige Schaltzentrale der EU-Militärpolitik unter anderem die Herausbildung („Konsolidierung“) eines deutsch-französisch dominierten Rüstungskomplexes vorantreiben. Deshalb wurde ebenfalls beim deutsch-französischen Ministerrat am 13. Juli 2017 der bereits zuvor beschlossene gemeinsame Bau einer Eurodrohne bekräftigt sowie erstmals der eines Kampfpanzers und eines Kampfflugzeuges angekündigt. Zusammen sollen diese drei Großprojekte als künftiges Rückgrat des im Aufbau befindlichen Europäischen Rüstungskomplexes dienen.

Auf dem nächsten deutsch-französischen Treffen im Juni 2018 in Meseberg wurde in der Abschlusserklärung dementsprechend noch einmal die Entschlossenheit zum Bau von Drohne, Panzer und Flugzeug untermauert. Da außerdem das bisher in großen Teilen der Außen- und Sicherheitspolitik geltende Konsensprinzip Deutschland und Frankreich ein Dorn im Auge ist, da es den kleineren EU-Ländern erhebliche Einflussmöglichkeiten gewährt, forderte deshalb auch die „Meseberger Erklärung“, man müsse „Möglichkeiten der Nutzung von Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik prüfen.“

### **Führungsansprüche im Aachener-Vertrag**

Die deutsch-französischen EU-Führungsansprüche waren in den letzten Jahren wahrlich schwer zu übersehen – weshalb sie nun auch noch unbedingt in einen Vertrag gegossen werden mussten, wissen wohl nur Berlin und Paris. Unter dem Vorwand, nur so könne der stockende Integrationsprozess überwunden werden, beabsichtigen beide Länder augenscheinlich, sich in zentralen Fragen bereits im Vorfeld abzustimmen und anschließend die restlichen Mitglieder vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Im „Aachener Vertrag“ liest sich dies so: *„Beide Staaten halten vor großen europäischen Treffen regelmäßig Konsultationen auf allen Ebenen ab und bemühen sich so, gemeinsame Standpunkte herzustellen und gemeinsame Äußerungen der Ministerinnen und Minister herbeizuführen.“*

(Kap. 1, Art. 2) Konkret auf das Kapitel „Frieden, Sicherheit und Entwicklung“ bezogen heißt es dann weiter: *„Beide Staaten [...] konsultieren einander mit dem Ziel, gemeinsame Standpunkte bei allen wichtigen Entscheidungen festzulegen, die ihre gemeinsamen Interessen berühren, und, wann immer möglich, gemeinsam zu handeln.“* (Kap. 2, Art. 3)

In klaren Worten beschreibt das Handelsblatt die Bedeutung dieser Passagen mit den Worten: *„Am stärksten geht Deutschland im verteidigungspolitischen Kapitel des Aachener Vertrages auf Frankreich zu. [...] Laut Vertragstext wollen beide Länder eine gemeinsame strategische Kultur entwickeln, vor allem mit Blick auf gemeinsame militärische Einsätze. Das Neue daran: Die Bundesregierung will künftig zuerst mit Frankreich voranschreiten, und dann die anderen Europäer einbinden. Bisher hatte Berlin stets nur solche Projekte vorantreiben wollen, bei denen alle Europäer mitgehen. Frankreich hielt dies schon immer für unrealistisch.“*

### **Konkretisierung**

Auch wenn vielfach die teils vagen Formulierungen des Dokumentes kritisiert wurden, diesen deutsch-französischen Führungsanspruch nun auch vertraglich fixiert zu haben, ist alles andere als eine Kleinigkeit. Außerdem ist der Vertrag auch keineswegs so substanzlos, wie teils bemängelt wird, zumal die einzelnen Absichtserklärungen künftig von einem hochrangigen Gremium überprüft werden sollen: *„Beide Staaten richten den Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat als politisches Steuerungsorgan für diese beiderseitigen Verpflichtungen ein. Dieser Rat wird regelmäßig auf höchster Ebene zusammentreten.“* (Kap. 2, Art. 4)

Grundsätzlich will man künftig nicht mehr von der NATO (und damit den USA) abhängig sein, es gehe darum, auf die *„Stärkung der Fähigkeit Europas hin[zuwirken], eigenständig zu handeln.“* (Kap. 2, Art. 3) Hierfür wird – die französische Interventionsinitiative zur „Verbesserung“ der militärischen Einsatzfähigkeit aufgreifend – die Absicht beider Staaten untermauert, die

*„Zusammenarbeit zwischen ihren Streitkräften mit Blick auf eine gemeinsame Kultur und gemeinsame Einsätze weiter zu verstärken.“* (Kap. 2, Art. 4)

Außerdem soll der angestrebte Europäische Rüstungskomplex u.a. mittels der „Erarbeitung gemeinsamer Verteidigungsprogramme“ erreicht werden, da man hiermit beabsichtige, die „Konsolidierung der europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis zu fördern.“ (Kap. 2, Art. 4) Vor allem mit Blick auf die drei in Planung befindlichen Großprojekte Eurodrohne, Kampfpanzer, Kampfflugzeug, deren Realisierungschancen ohne Exporte vergleichsweise gering sein dürften, wird ferner betont: *„Beide Staaten werden bei gemeinsamen Projekten einen gemeinsamen Ansatz für Rüstungsexporte entwickeln.“* (Kap. 2, Art. 4) Damit sollen die französischen Vorbehalte gegenüber den – leider nur vergleichsweise – strengen deutschen Rüstungsexportrichtlinien adressiert werden. Mit an fast Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird dies in der ein oder anderen Form wohl auf eine weitere Absenkung der ohnehin bereits viel zu laxen Standards hinauslaufen.

### **Integration? Interessen!**

Zumindest aus Sicht Berlins dürfte es sich bei der expliziten Unterstützung der deutschen Ambitionen im UN-Sicherheitsrat um das eigentliche Kronjuwel des Vertrages handeln: *„Die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist eine Priorität der deutsch-französischen Diplomatie.“* (Kap. 2, Art. 4) Damit entlarven sich all die wohlfeilen Phrasen, als „Motor der Integration“ agieren zu wollen, endgültig als Heuchelei.

Es geht hier wie generell darum, die nationalen Interessen Frankreichs und Deutschlands „besser“ gegen die anderen Mitglieder durchsetzen zu können. Frankreich will seinen Sitz unter keinen Umständen abgeben, Deutschland will unter allen Umständen einen ergattern, ergo kommentiert Reuters die Essenz dieser Vertragspassage folgendermaßen: *„Das Ziel eines gemeinsamen EU-Sitzes im höchsten UN-Gremium wird damit fallengelassen.“*

## Waffen aus EU-Ländern für die Welt

Redaktion German Foreign Policy (Horst Teubert, Peer Heinelt, Detlef Peikert, Jörg Kronauer)

### Viertgrößter Waffenexporteur weltweit

Deutschland hat seine Rüstungsexporte in den vergangenen fünf Jahren (2014 bis 2018) um 13 Prozent gegenüber den fünf Jahren zuvor (2009 bis 2013) gesteigert und liegt mit einem Anteil von 6,4 Prozent am globalen Rüstungsexport auf der Rangliste der größten Waffenlieferanten weltweit auf Platz vier. Dies berichtet das Forschungsinstitut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute). SIPRI berechnet Fünfjahreszeiträume, weil die Ausfuhr von Waffen wertmäßig höheren Schwankungen unterliegt als der zivile Handel und ein Fünfjahresdurchschnitt einen realistischen Vergleich zulässt.

Auf Rang drei hat Frankreich die Bundesrepublik abgelöst; traditionell wechselt dieser Platz immer wieder zwischen den Hauptmächten der EU. Dabei ist der reale Anteil der deutschen Rüstungsproduktion noch etwas höher als der von SIPRI berechnete Wert, da der Export von Eurofighter-Kampffjets nach Saudi-Arabien und Oman über London abgewickelt und in den Statistiken Großbritannien zugeordnet wird. Rund 30 Prozent der milliardenschweren Arbeiten am Eurofighter werden allerdings in Deutschland getätigt.

### Die "Friedensmacht" EU

SIPRI liefert auch Daten über die Rüstungsexporte der EU. Demnach ist die Union, die sich gern als angebliche Friedensmacht inszeniert, nicht nur mit sechs Ländern unter den Top 10 der globalen Rüstungsexporteure vertreten (Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien, Italien, Niederlande). Sie stellt auch zusammengenommen rund 27 Prozent aller Waffenausfuhren weltweit. Damit liegt sie hinter den Vereinigten Staaten (36 Prozent), aber noch deutlich vor Russland (21 Prozent) und uneinholbar weit vor China (5,2 Prozent) auf Platz zwei beim globalen Rüstungsexport. Das ändert sich auch nicht durch Großbritanniens Austritt aus der Union: Die EU-27 erreich-

ten im Fünfjahreszeitraum von 2014 bis 2018 immer noch einen Anteil von 22,8 an der globalen Ausfuhr von Kriegsgerät - mit steigender Tendenz gegenüber den fünf Jahren von 2009 bis 2013.

Eine weitere Zunahme wird in der EU offen angestrebt: Die Konzentration der europäischen Rüstungsindustrie, die in Brüssel zum Ziel erklärt worden ist, soll nicht zuletzt größere Weltmarktanteile sichern.

### Das westliche Kriegs- und Rüstungsbündnis

Legen die SIPRI-Daten die führende Rolle der USA und der EU bei der Belieferung der Welt mit Kriegsgerät offen, so zeigen sie auch absolut dominierende Stellung des transatlantischen Bündnisses: Die Waffenschmieden aus NATO-Mitgliedstaaten stehen für annähernd zwei Drittel des globalen Rüstungsexports - mehr als dreimal so viel wie Russland sowie ungefähr dreizehnmal so viel wie China. Zwar stellen die Länder auf beiden Seiten des Atlantik die Waffensysteme, mit denen sie ihre eigenen Streitkräfte aufrüsten, zum guten Teil selbst her; doch beziehen sie ihre Zukäufe überwiegend voneinander.

So sind die Vereinigten Staaten wichtigster Lieferant etwa Großbritanniens, Italiens, Norwegens und Finnlands, während die Bundesrepublik das bedeutendste Herkunftsland von US-Rüstungseinfuhren ist.

Deutschland taucht seinerseits auf der SIPRI-Liste der 40 größten Rüstungskäufer überhaupt nicht auf: Berlin ist bemüht, die Bundeswehr weitestgehend mit Kriegsgerät aus deutscher Produktion auszustatten - mit Erfolg.

### Top-Waffenkäufer

Die Waffenkäufer, die den globalen Anstieg der Rüstungslieferungen und insbesondere den wachsenden Anteil der westlichen Staaten maßgeblich verantworten, sind arabische Staaten. Laut SIPRI nahmen etwa die deutschen Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten im vergangenen

Fünfjahreszeitraum gegenüber den Jahren von 2009 bis 2013 um 125 Prozent zu; damit ging ein Viertel der gesamten deutschen Waffenausfuhr in die Region, die für ihre politischen Spannungen und ihre Kriege berücksichtigt ist.

Allein **Saudi-Arabien** kaufte zwölf Prozent der globalen Rüstungsexporte - vorwiegend bei US-Lieferanten (68 Prozent), aber auch in Großbritannien (16 Prozent, vor allem Eurofighter mit beträchtlichem deutschen Produktionsanteil) und in Frankreich (4,3 Prozent).

Die **Vereinigten Arabischen Emirate** wiederum nahmen 3,7 Prozent des globalen Rüstungsexports ab. Damit gingen über ein Siebtel aller Waffenausfuhren weltweit an die beiden Länder auf der Arabischen Halbinsel, die Iran als Hauptfeind betrachten und zur Zeit im Jemen einen Stellvertreterkrieg gegen Teheran führen.

**Iran** selbst, von den Vereinten Nationen mit einem Waffenembargo belegt, kaufte lediglich 0,9 Prozent der Rüstungsgüter, die in den Nahen und Mittleren Osten geliefert wurden. Das Zahlenverhältnis ist geeignet, die Behauptung, Iran sei militärisch eine Bedrohung für die gesamte Region, in ein sachlicheres Licht zu rücken.

### Ein Ring um China

Die SIPRI-Statistiken zeigen nicht zuletzt, dass gut ein Viertel der globalen Rüstungsexporte an Länder geliefert wird, die in einem Halbkreis um China liegen und zumindest teilweise ein angespanntes Verhältnis zur Volksrepublik haben. Lieferanten sind in den meisten Fällen Waffenschmieden aus NATO-Staaten.

So ist Australien, dessen Regierung einen harten Kurs gegen Beijing fährt, viertgrößter Waffenimporteur und nimmt 4,6 Prozent aller globalen Lieferungen ab; der größte Teil kommt aus den Vereinigten Staaten, Spanien und Frankreich. Südkorea (3,1 Prozent) wiederum bezieht seine Waffen meist aus den USA, Deutschland und Großbritannien. Indonesien (2,5 Prozent) kauft vor allem in Großbritannien, den

USA und den Niederlanden, während Taiwan (1,7 Prozent) sein Kriegsgerät fast ausschließlich in den Vereinigten Staaten sowie zu einem geringen Teil in Deutschland und Italien beschafft.

Auch Indien (9,5 Prozent) und Vietnam (2,9 Prozent), traditionelle Rivalen Chinas, kaufen große Mengen an Waffen, werden aber vor allem von Russland beliefert - ein Hinweis darauf, dass

auch Moskau, das anderweitig eng mit Beijing kooperiert, den Aufstieg der Volksrepublik zumindest ein wenig zu bremsen sucht.

Exporteur	Anteil %	Importeur	Anteil %
1 USA	34	1 Indien	12
2 Russland	22	2 Saudi-Arabien	10
3 Frankreich	6,7	3 Ägypten	4,5
4 Deutschland	5,8	4 UAE	4,4
5 China	5,7	5 China	4
6 Großbritannien	4,8	6 Australien	3,8
7 Spanien	2,9	7 Algerien	3,7
8 Israel	2,9	8 Irak	3,4
9 Italien	2,5	9 Pakistan	2,8
10 Niederlande	2,1	10 Indonesien	2,8

**Die wichtigsten Ex- und Importeure schwerer Waffen 2013 bis 2017 nach Weltmarktanteilen**

*Aus: SIPRI-Jahrbuch 2018, deutsche Kurzfassung*

*Die fünf größten waffenexportierenden Länder waren die USA, Russland, Frankreich, Deutschland und China (2013–17). Deren Exporte schwerer Waffen machten 74 % des weltweiten Gesamtvolumens aus.*

*Die fünf größten Rüstungsimportländer waren Indien, Saudi-Arabien, Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate und China, die zusammen 35 % aller Rüstungsimporte weltweit abdeckten.*

**Atommacht Europa?**

*Per EU-Teilhabe zur deutschen Atombombe?*

Das Ende des INF-Vertrages hat die Problematik der atomaren Rüstung oder gar eines neuen atomaren Rüstungswettlaufs wieder auf die politische Tagesordnung gebracht. [...]

In diesem Kontext könnte auch eine alte Protokollnotiz aus dem Jahr 1974 noch heute eine Rolle spielen und sogar den deutschen Zugriff auf eine „europäische Bombe“ möglich machen. Sie bildet die Grundlage für Bestrebungen, dass sich Deutschland an einer „Europäisierung“ der französischen Atomwaffen beteiligen könnte, wie sie jüngst zum Beispiel vom einflussreichen Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, gefordert wurde: „Die atomaren Einsatz-Optionen Frankreichs sollten nicht nur das eigene Territorium, sondern auch das Territorium der EU-Partner mit abdecken.“ [...]

Durch den UN-Nichtverbreitungspakt ist es gelungen, dass eine Reihe von atomaren Schwellenländern auf diese Fähigkeiten verzichtet und wie Südafrika sogar auf bereits vorhandene Waffensysteme verzichtet haben. [...]

Dem Vertrag ist es außerdem nicht gelungen, die vollständige Abrüstung der bisherigen Atommächte auch nur in greifbare Nähe zu bringen. Die Federation of Atomic Scientists geht davon aus, dass die USA im Moment im Besitz von 6.550 Atomsprengköpfen sind, und Russland wird ein Bestand von 6.409 zugerechnet. Das sind Bestände, die mehr als ausreichend dafür wären, das menschliche Leben auf der Erde vollständig auszulöschen.

Der Nichtverbreitungspakt ist damit deutlich an seine Grenzen gekommen und er wird etwa durch die Tatsache, dass Deutschland durchaus als atomares Schwellenland bezeichnet werden könnte, weiter strapaziert.

Denn Deutschland verfügt über atomwaffenfähiges Material, zivile Atomkraftwerke und Anlagen zur Anreicherung von Uran, die zusammen auch den potentiellen Zugriff auf die Atomwaffe ermöglichen: „Nuclear Power powers The Bomb“, ist der Slogan mit dem die Anti-Atom-Bewegung International auf diese Problematik aufmerksam macht. Allerdings existieren sowohl national als auch international erhebliche Widerstände gegenüber einer rein nationalen deutschen Atombombe, weshalb auf allerlei Wegen versucht wird, sich auf andere Weise einen Zugriff zu verschaffen.

Der Nichtverbreitungspakt wird dabei etwa mit dem Konzept der atomaren Teilhabe vielfach unterlaufen. Dass deutsche Piloten mit deutschen Flugzeugen und in Deutschland gelagerten Atomwaffen deren Einsatz für den Ernstfall üben, ist ein klarer Vertragsverstoß. Trotzdem wird mit Verweis darauf, dass diese Waffen ja im US-Besitz seien, ein deutscher Vertragsbruch zurückgewiesen.

Das Konzept der atomaren Teilhabe ist leider kein Auslaufmodell, sondern eines, das möglicherweise zukünftig auch im Rahmen der EU zum Einsatz kommen könnte. Frankreich ist im Moment im Besitz von 10 Atomwaffen, die von Flugzeugen abgeworfen werden können. 250 der französischen Atomwaffen sind seegestützt und 40 stationäre Interkontinentalraketen. Auf diese Waffen haben manche deutsche Sicherheitspolitiker schon länger ein Auge geworfen, auch um dieses Potential noch auszubauen. [...]

Alles was Deutschland in Bezug auf den Nichtverbreitungspakt zugesagt hat, verhindert nicht, dass Deutschland im Kontext einer EU-Militärunion auch die (Mit-)Verfügungsgewalt über eine gemeinsame Atomwaffe haben könnte. Mit dieser Notiz hat die damalige deutsche Regierung es ermöglicht, dass Deutschland die Option des Zugriffs auf Atomwaffen nicht vollständig aufgeben musste. [...]

*Quelle: IMI-Online / Claudia Haydt (10.4.2019)*

## Was macht die Bundeswehr in Mali?

Interview mit Werner Ruf, emer. Professor für internationale Politik, Edermünde



Grafik: Friedensjournal

**MINUSMA:** UN-Stabilisierungsmission in Mali seit 2013. Auftrag: Lufttransport und -betankung, die Bundeswehr stellt zudem eine Aufklärungseinheit und einen Hubschrauberverband im Norden des Landes.

Kontingent: es können bis zu 1100 Soldaten eingesetzt werden, derzeit sind 881 Soldaten entsendet.

**EUTM Mali:** Beteiligung an der EU-geführten Ausbildungsmission seit 2013. Auftrag: Neben der sanitätsdienstlichen Versorgung der Mission steht vor allem die Ausbildung malischen Armee im Mittelpunkt.

Kontingent: Derzeit sind 143 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, die Mandatsobergrenze liegt bei 350.

Quelle: Das Parlament 20.8.2019

*FJ: In den Medien erfährt man derzeit wenig über Mali, im Unterschied etwa zu dem in der Nachbarschaft gelegenen Libyen. Inwieweit strahlt die Destabilisierung Libyens auch auf Mali aus?*

W.R.: Ohne Zweifel strahlt diese andauernde Destabilisierung auch auf Mali und die ganze Region (Niger, Zentralafrikanische Republik) aus. Der Waffen-, Drogen- und Menschenhandel in rechtsfreien Räumen ist die wirtschaftliche Grundlage von grenzüberschreitend operierenden bewaffneten Banden geworden – ob mit oder ohne jihadistischem Vorzeichen.

*FJ: Aus einem von dir verfassten Beitrag für das Friedensjournal Nr. 2/2013 stammt der Satz: "Der von Frankreich eingeschlagene Weg der kriegsrischen 'Stabilisierung' Malis wird aller Voraussicht nach das Gegenteil dessen bewirken, was offiziell*

*als Ziel ausgegeben wird". Was ist in den seither vergangenen sechs Jahren nun tatsächlich passiert?*

W.R.: Dieser Satz hat sich leider voll bewahrheitet. Aus den UN-Berichten geht klar hervor, dass sich die Lage im Land weiter destabilisiert hat. Inzwischen ist nicht nur der Norden betroffen, sondern auch

Zentralmali ist zum Operationsgebiet der Banden geworden. Es ist nicht gelungen, die staatlichen Organe in Mali zu stärken, diese sind vielmehr zum Teil des Problems geworden, da sie eigene Interessen (sprich: Möglichkeiten zur Bereicherung) verfolgen. Vor allem aber sind das Elend der Bevölkerung und damit die Verzweiflung gewachsen. Elend und Gewalt produzieren weitere Flüchtlinge, obwohl davon ausgegangen werden kann, dass die Bekämpfung von Flucht ein unausgesprochenes Motiv für die Entsendung der Truppen gewesen ist.

*FJ: Die Bundeswehr ist in Mali gleich mit zwei Mandaten vertreten: MINUSMA und EUTM Mali. Kann man beide Missionen überhaupt voneinander trennen und welche tatsächliche Funktion hat EUTM?*

W.R.: Natürlich besteht zwischen beiden Missionen ein Zusammenhang, auch wenn sie formal getrennt sind. Die Website des BMVg bestätigt ausdrücklich, dass die beiden Einsätze „komplementär“ sind. Die Ausbildungsmission EUTM beschränkt sich auf die Ausbildung der malischen Streitkräfte, die deutschen Soldatinnen und Soldaten beteiligen sich nicht an militärischen Aktionen.

MINUSMA ist dagegen militärisch aktiv, betreibt Aufklärung am Boden und aus der Luft, Lufttransport von Truppen und Einsatzunterstützung. Ob die von EUTM ausgebildeten malischen Soldaten bei von MINUSMA unterstützten Einsätzen effizienter geworden sind, erscheint mehr als zweifelhaft.

*FJ: Wessen Interessen werden mit diesen Militäreinsätzen letztlich bedient? Geht es um einen deutschen Schulterschluss zu den neokolonialen Interessen Frankreichs oder die praktische Erprobung einer künftigen EU-Armee?*

W.R.: Ich denke, dies ist komplizierter. Deutschland ist in Mali der zweitgrößte Truppensteller. Dies unterstreicht, dass hier deutsche Interessen im Spiel sind. Also geht es um mehr als um einen „Schulterschluss“ mit Frankreich. Auch geht es nicht nur um Mali, sondern um die Präsenz in diesem rohstoffreichen Raum (Öl, Gold, Phosphat, Uran).

Nicht zufällig werden die Operationen von einem eigens im uranreichen Niger eingerichteten Luftstützpunkt geführt, durch das auch die wichtigste Fluchtroute nach Libyen führt. Die Unterstützung für die Wahrung alter Kolonialinteressen Frankreich in der Region ist zugleich die Anmeldung deutschen Gestaltungswillens. Die Kasserler Politologin Frauke Banse spricht in diesem Zusammenhang treffend von „kooperativer Konkurrenz“.

*FJ: Die aktuelle Gesamtzahl der Bundeswehrsoldaten in Mali aufgrund dieser beiden Mandate entspricht fast der in Afghanistan. Was kann man deiner Meinung nach tun, um in der Öffentlichkeit diese Auslandseinsätze zu delegitimieren?*

Man kann und muss auf die Bilanz dieser Mandate verweisen, die seit Jahren rituell vom Bundestag verlängert werden: Nichts ist besser geworden in Mali und seinen Nachbarländern. Also ist die Therapie falsch. Die Partnerregierungen, auf die sich Frankreich und Deutschland stützen, sind ineffizient und korrupt, sie verfügen über keine Legitimität in der Bevölkerung.

Es klingt bitter zu sagen, dass die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit wohl erst dann erreicht wird, wenn Zinksärge aus Mali zurückkommen. Klüger wäre es, diese offensichtlich nutzlosen Einsätze früher zu beenden.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

# Waffenbrüderschaft ist kein Friedensprojekt

von Claudia Haydt (Rede beim Ostermarsch in Stuttgart am 20.4.2019)

2007 erklärte sich die Europäische Union im Rahmen des Lissabonvertrags zum Militärbündnis und erhielt dennoch 2012 den Friedensnobelpreis. Seit Ende 2017 hat sich in der EU eine Koalition der Willigen zu mehr Aufrüstung und mehr Kriegsbereitschaft verpflichtet. Dennoch reden zwischenzeitlich viele vom „Friedensprojekt Europa“ als sollte dieses demnächst heiliggesprochen werden. So wichtig es ist, dass zwischen Deutschland und Frankreich heute kein Krieg mehr droht, so wenig darf man europäische Freundschaft mit europäischer Waffenbrüderschaft verwechseln. Wo Europa drau steht ist keineswegs in jedem Fall ein humanistisches Projekt drin.

Eins ist klar, Eurodrohnen, Europäische Kampfflugzeuge und Euroartillerie pflastern nicht den Weg zum Frieden sondern zum Krieg. Stoppt diese Aufrüstung.

In aller Kürze möchte ich hier acht triftige Gründe vorstellen, warum eine Militärunion und eine EU-Armee ein gefährlicher Irrweg sind!

1. **Es wird nicht billiger, sondern sehr viel teurer.** Ähnlich wie die NATO, hat sich auch die EU zur Einhaltung des 2Prozentziels verpflichtet. Damit würde nicht nur die EU zu einem mächtigen Militärbündnis werden, sondern auch Deutschland zum stärksten Akteur in diesem Bündnis. Es geht perspektivisch um 80 Milliarden deutsche Militärausgaben – das ist deutlich mehr als Russland fürs Militär ausgibt. Wirtschaftlich dominiert Deutschland die EU längst – wollen wir wirklich auch einen deutsch dominierten Militärblock EU?

2. Zum Konzept der Militärunion und der Europaarmee gehört auch der **Einsatz im Innern**. Schon heute sind bei vielen Europäischen Armeen Einsätze im Innern Alltag. Ich nenne hier nur beispielhaft Italien, Belgien und Frankreich. Auch in Deutschland werden die grundgesetzlichen Vorbehalte immer weiter ausgehöhlt. Auf EU-Ebene ermöglicht die militärische „Solidaritätsklausel“ (Art. 222) auch den Militäreinsatz im Innern der Union. Für mich ist es eine erschreckende Vorstellung,

dass zukünftig auch deutsche Soldaten Aufstände in Italien oder Spanien niederschlagen könnten. Schon aus historischen Gründen sollte dies nicht Realität werden.

3. Für die Militärunion gibt es **keinen Parlamentsvorbehalt**. Die EU-Verträge geben allein dem Rat die Möglichkeit über den Einsatz des Militärs zu entscheiden. Die dort versammelten Verteidigungsminister repräsentieren die Exekutive, während die Legislative außen vor bleibt. Es war eine der Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg, die Verfügungsgewalt über das Militär nicht mehr einzelnen Führern zu überlassen.

Nun soll das im Zuge der Europäisierung über Bord geworfen werden. Nicht mal über den Europäischen Gerichtshof lässt sich die Rechtmäßigkeit von Einsätzen feststellen, da dies im Rahmen des Lissabonvertrags explizit ausgeschlossen ist. Lasst uns dieses unkontrollierte EU-Militär stoppen!

4. **Rüstungsprojekte die in den Einzelstaaten nicht durchsetzbar sind, werden nun auf EU-Ebene umgesetzt.** Die Eurodrohne ist Teil der insgesamt 34 laufenden Aufrüstungs- und Militarierungsprojekte der EU. Sie wird von Anfang an bewaffnet geplant. Die Wunschliste der Euro-Militaristen ist mit den 34 Projekten aber längst nicht zu Ende. Eine neue Generation von Kampfflugzeugen, die neue Generation von Atomwaffen ins Ziel bringen sollen, wird zur Zeit genauso diskutiert wie ein gemeinsamer Flugzeugträger. Je mehr Geld zur Verfügung steht, desto mehr wachsen die gefährlichen militärischen Wunschträume in den Himmel. Stoppt diesen Aufrüstungswahnsinn.

5. Zum Glück ist die **Finanzierung dieser Rüstungsprojekte aus dem Gemeinschaftshaushalt der EU illegal**. Im Entwurf für den nächsten mehrjährigen stehen Milliardenbeträge bereit für einen Verteidigungsfonds. Art, 41, Abs. 2 des Lissabonvertrags verbietet aber explizit die Finanzierung von Maßnahmen mit militärischem Bezug aus dem Gemeinschaftshaushalt. Die Kommission deklarierte deswegen die Auf-

rüstung zur Wirtschaftsförderung. Was für ein billiger Taschenspielertrick!

6. **Die EU verstärkt die Konfrontation mit Russland.** Zu den Aufrüstungsprojekten der EU gehört auch der Ausbau von Verkehrsinfrastruktur die panzertauglich ist. Der militärische Aufmarsch soll sowohl durch neue beziehungsweise sanierte Brücken, Straßen und Tunnel erleichtert werden als auch zusätzlich durch Bürokratieabbau für den Transport von Rüstungsgütern durch die EU.

Es ist pervers: während sich die Grenzen für Menschen auch innerhalb der EU wieder schließen, wird die Freizügigkeit für Panzer ermöglicht. Wir wollen keine **Panzerstraßen** nach Osten, sondern guten ÖPNV.

7. Im Rahmen der EU-Militärpolitik werden zunehmend **koloniale Interessen und koloniale Strukturen wiederbelebt**. Seite an Seite mit Frankreich werden ökonomische Interessen in Afrika militärisch verteidigt. Schon heute werden im Kontext der „Afrikanische Friedensfazilität“ vor Ort Truppen aufgestellt, die unter anderem in der Sahara Flüchtlinge stoppen sollen, damit diese nicht durch Libyen ans Mittelmeer und nach Europa kommen. Das Sterben hat sich dadurch schon teilweise vom Mittelmeer in die Wüste verlagert. Zukünftig sollen für solche Hilfstruppen und deren Einsätze 10,5 Milliarden bereitstehen. Auch wenn das Projekt „Friedensfazilität“ heißt: das ist ein inakzeptabler Angriff auf die Menschenwürde und die Menschenrechte der Ärmsten dieser Welt!

8. Je mehr die EU auf große gemeinsame Rüstungsprojekte setzt, umso mehr beharrt die Rüstungsindustrie auf **schrankenlose Rüstungsexporte**. Mit der Begründung „Frankreich will exportieren“ soll in Deutschland keine Entscheidung gegen Rüstungsexporte gefällt werden und mit der Begründung „Deutschland will exportieren“ soll aus Spanien kein „Nein“ kommen. CDU Fraktionsvize Wadehul nannte deswegen Exportbeschränkungen „uneuropäisch“. Kanzlerin Merkel fordert angesichts dessen eine gemeinsame „Kultur“ der Rüstungsexporte.

Gemeint ist offensichtlich der aller-kleinste gemeinsame Nenner. Wer wirklich Friedenspolitik voranbringen will, der muss sich für den höchsten gemeinsamen Nenner einsetzen: Für den Stopp sämtlicher Rüstungsexporte! Damit ist die Reihe der triftigen Argumente gegen eine Militärunion

längst nicht zu Ende. Gefährlich Pläne für europäischen Atomwaffen und Konzepte für einen Kontinente-übergreifenden Großraum den diese EU kontrollieren will, sind nur einige der Indikatoren für den gefährlichen Weg der hier beschrritten wird.

Während im Jemenkrieg mit europäischen Waffen gemordet wird, fehlen die Gelder, damit die UN dort Hunger und Krankheiten umfassend bekämpfen kann. Lasst uns Druck machen für grundlegend andere Weichenstellungen.

## Friedensbewegung: Vielfalt nicht nur beim Ostermarsch

von Willi van Ooyen, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag

(Rede beim Ostermarsch-Auftakt in Bruchköbel bei Hanau am 19.4.2019)

Während wir hier demonstrieren und Frieden durch Abrüstung fordern, werden Millionen Menschen in vielen Regionen der Welt durch Kriege in ihrer Existenz bedroht: aktuell in Libyen, Syrien, im Jemen, in Mali, im Irak, schon seit 18 Jahren in Afghanistan. Seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien vor 20 Jahren stehen deutsche Soldaten immer noch im Kosovo. Die Bundeswehr ist derzeit in 14 Kriegseinsätzen aktiv.

**Die Kriegsdrohungen nehmen zu:** auf den Golan-Höhen, gegen Venezuela, gegen den Iran und besonders durch den NATO-Aufmarsch in der Ukraine, Polen und den baltischen Staaten gegen Russland. "Krieg ist Frieden" verbreitet das Ministerium für Wahrheit in Orwells 1984, die gleichen Vokabeln erreichen uns aus Berlin.. Die internationale geopolitische Lage hat sich bedenklich zugespitzt, ein globales Wettrüsten hat an Fahrt aufgenommen.

2018 erreichten die weltweiten Militärausgaben mit fast zwei Billionen US-Dollar den höchsten Stand seit Ende des Kalten Krieges. Mit 630 Milliarden US-Dollar machen die Ausgaben der USA ein gutes Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben aus. Die Europäischen NATO-Mitgliedstaaten geben alleine, ohne die USA, dreimal so viel für Rüstung aus wie Russland, die NATO insgesamt vierzehnmal so viel. Bei Erreichen ihres Aufrüstungszieles von zwei Prozent des Haushaltes hätte Deutschland alleine höhere Rüstungsausgaben als die Atommacht Russland.

**Donald Trump und seine Aufkündigung des INF-Vertrages haben zentral zu einer weiteren atomaren Eskalation beigetragen.** Deshalb fordern wir, dass die Bundesregierung

den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnet, Dieser Vertrag sorgt auch dafür, dass die US-Atomwaffen aus der BRD abgezogen werden müssen. Diesen Abzug hat vor mehr als neun Jahren der Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen. Passiert ist nichts. Die „nukleare Teilhabe“ muss mit dem Ziel einer atomwaffenfreien EU-Zone beendet werden. Die Erklärungen von Stadtparlamenten wie in Mainz, Wiesbaden und Marburg sind ein gutes Beispiel für Druck auf die sich ahnungslos gebende Regierungspolitik im Lande. Abrüstung, Stopp von Waffenexporten, Entspannungspolitik und der Umbau der Rüstungsindustrie für zivile Bedürfnisse sind unsere Forderungen.

**Aber die Antworten aus den Reihen von CDU/CSU, FDP und auch von SPD und Grünen klingen, als hätte es noch nie einen Kalten Krieg, Wettrüstung oder "Gleichgewicht des Schreckens" gegeben.** Sie sprechen zynisch von europäischer Einigung und einem Europa, das ein Friedensprojekt sei. Vor allem mit Blick auf einen gemeinsamen Flugzeugträger, einen gemeinsamen Rüstungsmarkt oder einer gemeinsamen europäischen Armee wird das Gegenteil deutlich.

**Ein Sinnbild für den falschen Kurs der EU ist die "Military Mobility":** Infrastrukturausbau von Straßen und Brücken, damit sie panzertauglich werden. Statt militärischer Mobilmachung braucht es eine Infrastruktur, die in der gesamten EU am Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet ist - nicht am Bedarf der Armeen.

**Exporte von Waffen, Rüstung und Waffenteilen aus Deutschland und der der EU in Krisen- und Kriegsgebiete müssen sofort ausge-**

**setzt werden.** Statt Konflikte weiter anzuhetzen oder fragile Staaten zu destabilisieren, dürfen keine todbringenden Waffen in Krisengebiete und an autoritäre Regime geliefert werden.

Dies und der Klimawandel sind Ursachen für Flucht und Vertreibung. Wir versichern den Menschen, die unter Krieg und Elend leiden in den Krisengebieten, auf der Flucht oder als Mitbürger hier bei uns unsere Solidarität.

**Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit unter Einbeziehung von Russland sein.** Militärmanöver oder Pläne zur Stationierung von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an. Wir lehnen dies ab. Die OSZE sollte mehr als ein Instrument zur Bearbeitung und Lösung regionaler Konflikte sein. Wir wollen eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik.

Es ist falsch, dass die Bundesregierung und die Mehrheit der EU-Regierungen die Drohungen von US-Präsident Trump nutzen, um ihrerseits den Rüstungswettkampf zu beschleunigen. Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion« mit eigenständiger Militärpolitik, eine europäische Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa.

**Der Aachener Vertrag** von Kanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron mit seinem geheimen Zusatzabkommen zielt ausgerechnet im Namen der Völkerfreundschaft auf Aufrüstung, Militarisierung der Außenpolitik und weitere Profite für die Rüstungskonzerne. Wir lehnen den Aachener Aufrüstungsvertrag entschieden ab. Wir brauchen für Europa eine andere Politik und müssen es neu begründen.

Ohne diesen Neuanfang bleiben politische Vernunft und Abrüstung auf der Strecke. Wie bereits in den 80er Jahren müssen wir selbst es richten und wir müssen das mehrheitliche „Nein“ zu dieser Kriegspolitik und der weiteren Aufrüstung verstärken und sichtbarer machen. Ermutigend ist, dass immer mehr junge Menschen für eine friedliche, solidarische Welt demonstrieren.

**Hunderttausende gehen für #unteilbar, #seebrücke und "Fridays for**

**Future“ also auch gegen den Klimawandel auf die Straßen und das weltweit.** Zunehmend wird ein Grundgedanke der internationalen Solidarität lauter. Auch die 145.000 Unterschriften unter den Appell "aufrüsten statt abrüsten", von denen über 80% in konkreter Ansprache von Unterzeichnerinnen in Listen gesammelt wurden, zeigen, dass wir es nicht mit einem Stillstand der Bewegungen zu tun haben.

**Als Friedensbewegung sollten wir auch nach Ostern mit vielfälti-**

**gen und kreativen Aktionen daran anknüpfen und unsere Anschlussfähigkeit zu anderen Bewegungen beweisen.** Wir wollen Menschen für Frieden, Abrüstung und die gemeinsame Sicherheit in ganz Europa mobilisieren. Wir werden wieder mehr. Schließlich wissen wir: „Der Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“. Wir fordern zum Mitmachen auf. Unterstützt weiterhin die Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“.



Fotos: Ostermarsch-Abschluss in Frankfurt a.M., Oben: Francis Würtz mit W.v.Ooyen, Fotos: K. Peil

### Die zehn Gebote der europäischen Friedenskämpfer und Frieden kämpferinnen

*Auszug aus der Ostermarsch-Rede von Francis Würtz, ehemaliges Mitglied des EU-Parlamentes, in Frankfurt*

Als Erstes würde ich den Kampf für ein **Europa ohne NATO** erwähnen. [...]

Als zweites würde ich die Unterstützung des UNO-Vertrages für das **Verbot der Atomwaffen** zitieren. [...]

Als Drittes würde ich mich für eine starke Oppositionsbewegung **gegen die „Verteidigungsgemeinschaft“ der EU** aussprechen. [...]

Als Viertes möchte ich den **Waffenexport** erwähnen. [...]

Als fünftes möchte ich die Frage der **Beziehungen zwischen der EU und Russland** angehen. [...] Den früheren Republiken der Sowjetunion wie der Ukraine, Georgien, Moldawien usw. Wurde vieles versprochen unter der Bedingung, dass sie auf die von Putin vorgeschlagene „Eurasische Union“, verzichten! Meine Überzeugung ist: Die EU muss dringend mit dieser aggressiven, wenn nicht feindlichen Strategie brechen. Wir brauchen unbedingt ein gemeinsames Sicherheitssystem, um aus der sehr gefährlichen Krise in Osteuropa heraus zu kommen.

Sechste Herausforderung: Die Illusion loswerden, dass man **Gewalt in Afrika durch militärische Interventionen** besiegen kann!

Siebter Punkt: **Die Solidarität.** Kriegsverweigerung heißt natürlich nicht Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen der anderen Völker!

Die EU hat mehrere zivile Mittel, die zur menschlichen Sicherheit beitragen können, wie z.B. Entwicklungshilfe im Bereich Bildung, Gesundheit, Umweltschutz, Forschung oder Kooperation für Klimaschutz [...].

Achter Punkt: Ein friedliches Europa zu bauen heißt auch ein ganz anderes **Verhalten gegenüber der Migration** zu übernehmen! Was 2015 passiert ist, war die größte Schande der EU seit ihrer Gründung! [...]

Neunter Punkt: Noch eine Verantwortung für ein friedliches Europa sollte die **Vermittlung für anhaltende Konflikte** sein. Und wenn die Vermittlung leider nicht möglich ist, dann sollte die EU eine so breite (politische) Koalition wie möglich bilden, um für die Einhaltung des internationalen Rechts der UNO zu sorgen. Nur ein Beispiel: Der über 50 Jahre alte Konflikt im Nahen Osten! Da die Netanyahu-Regierung das internationale Recht vollkommen missachtet, sollte die EU, wie es schon mehrere Staaten getan haben, den palästinensischen Staat anerkennen, mit den israelischen Friedenskräften öffentliche Gespräche führen und die gleichen ökonomischen Maßnahmen in diesem Fall treffen, welche die EU anderen Staaten gegenüber anwendet, die in einem fremden Land Besatzungstruppen haben.

Zehnter Punkt: Wir brauchen die permanente Förderung einer **Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit!** Das heißt Mobilisierung gegen Rassismus, Antisemitismus, Xenophobie, Homophobie und jede Form von Intoleranz, besonders Gewalt gegen Frauen! Das heißt auch Verpflichtung für eine nachhaltige, ökologische Entwicklung. [...]

## Büchel 2019: Den Protest verstärken! 20 Wochen gegen 20 Bomben!

Ab 26.3. bis zum 11.8.2019 – Schwerpunkt im Juli  
u.a.:

- 1.7. Eröffnung des Friedenscamps
- 6.7. IPPNW; Aktions-Festival
- 7.7. Gottesdienst mit Mragot Käßmann
- 8.7. Protestaktionen und Mahnwachen  
(siehe Aktionskalender der Kampagne)

**BÜCHEL IST ÜBERALL!**  
*atomwaffenfrei.*  
➔ *jetzt*

Weitere Informationen:

<https://buechel-atombombenfrei.jimdo.com/>

### Deine Stimme gegen Nationalismus



Am Sonntag, den 19. Mai 2019 gehen europaweit zehntausende Menschen auf die Straße! Für die Zukunft Europas und gegen Nationalismus!

Demos in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, Stuttgart, München

Trägerkreis:  
attac, campact, Der Paritätische, Mehr Demokratie, Naturfreunde Deutschland, Pro Asyl, Seebrücke

Weitere Informationen:

<https://ein-europa-fuer-alle.de/>

### Vertraue dem Frieden und lebe ihn!

Die Menschenkette beim Deutschen Evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund, zu der die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) unter dem Motto „Vertraue dem Frieden und lebe ihn!“ aufgerufen hat, um damit ein Zeichen des Friedens zu setzen angesichts einer zunehmenden Aufrüstung, eines wachsenden, gefährlichen Nationalismus und der Missachtung von Rüstungskontrolle zu setzen, stößt auf große Zustimmung.

Mittlerweile unterstützen rund 30 Organisationen und viele Einzelpersonen den Aufruf. Die Menschenkette soll am Samstag, 22. Juni, in der Dortmunder Innenstadt während des Deutschen Evangelischen Kirchentages stattfinden.

Weitere Informationen:

<https://friedensdienst.de/vertraue-dem-frieden-und-lebe-ihn>

### Ramstein-Aktionswoche 2019

u.a.:

- Friedenscamp und Friedenswerkstatt in Ramstein
- Internationaler Kongress zu Militärbasen und ihre geostrategische Bedeutung für weltweite Kriege in Kaiserslautern
- Vernetzungstreffen von Anti-Militärbasen-Initiativen aus Deutschland

Weitere Informationen:

<https://ramstein-kampagne.eu>

